

Heute und damals

Finanzkrise ohne Ende?

Für den IWF ist mit Indonesiens hohem Wirtschaftswachstum das Ende der Krise erreicht, doch für die Menschen ist die heftige Inflation bei den Preisen für Grundversorgung und Energie maßgebend.

Hok An

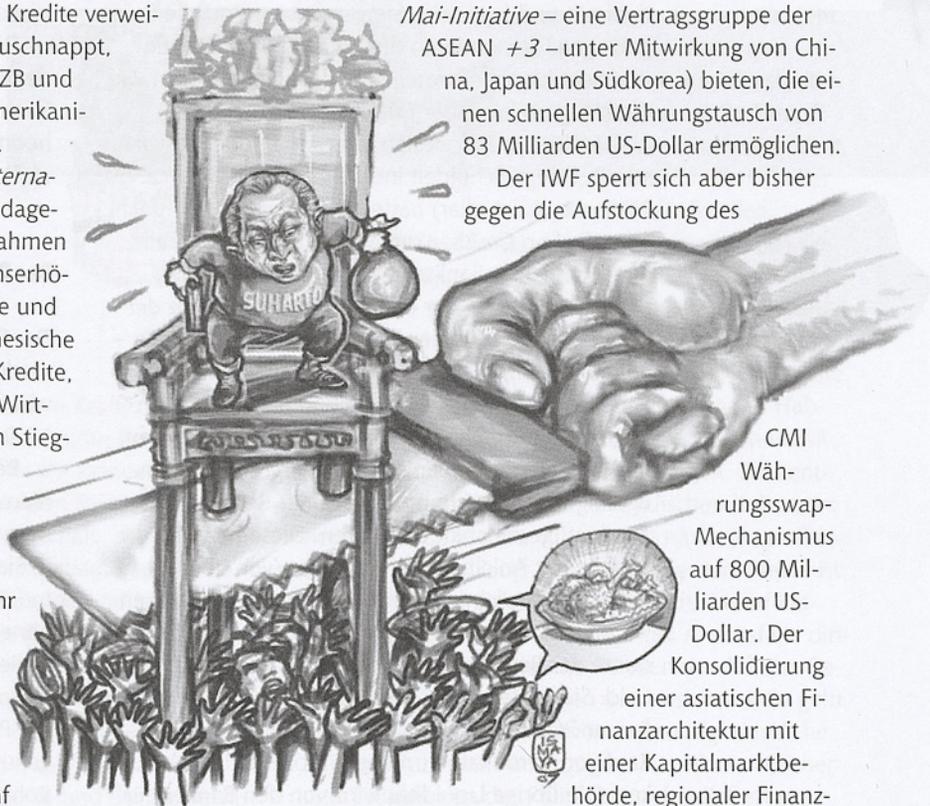
In der aktuellen Finanzkrise gibt es wie auch zur Zeit der Asienkrise kaum Informationen über die Probleme der Banken, weshalb die Banken auch heute genau wie damals untereinander Kredite verweigern. Dass die Schuldenfalle zuschnappt, wird durch Geldspritzen der EZB und Senkung der Leitzinsen der amerikanischen Zentralbank vermieden.

In Indonesien hatte der *Internationale Währungsfonds (IWF)* dagegen Hochzins- und Sparmaßnahmen verordnet, was zu heftigen Zinserhöhungen (ca. 60 Prozent) führte und die Krise verstärkte. Die indonesische Zentralbank erhält zwar IWF-Kredite, darf sie aber nicht ausgeben. Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz ist der Meinung, dass es dem IWF an Fachpersonal mangelt, sei nicht das eigentliche Problem, stoßerten die Experten doch viel mehr zwischen bestellten »Gutachten« und frisierten Wirtschaftsdaten im Dunkeln.

Der IWF sieht in dem heute hohen Wirtschaftswachstum in Indonesien von ca. fünf Prozent längst das Ende der Krise, doch für die Bevölkerung ist weiterhin die heftige Inflation bei den Preisen für Grundversorgung und Energie ausschlaggebend. Im Herbst 2005, zu Beginn der Ölkrise, verordnete die Regierung eine Erhöhung der Benzinspreise um 125 Prozent. Anders als in Europa liegen die Energieausgaben von Wirtschaft und Bevölkerung sehr hoch – bei bis zu 30 Prozent. Viele Betriebe können kaum mehr ihre Produktion finanzieren,

Pendler ihre Fahrtkosten nicht mehr bezahlen. Das Land, das sich nur langsam von dieser neuen Krise erholt, wird aber nun von der US-Finanzkrise kalt erwischt.

Schutz vor Finanzkrisen sollen der CMI (*Chiang-Mai-Initiative* – eine Vertragsgruppe der ASEAN +3 – unter Mitwirkung von China, Japan und Südkorea) bieten, die einen schnellen Währungstausch von 83 Milliarden US-Dollar ermöglichen. Der IWF sperrt sich aber bisher gegen die Aufstockung des



45

Der Autor – indonesischer Menschenrechtler mit Schwerpunkt Entwicklungspolitik und Ökologie – ist erreichbar unter hokan@t-online.de.

IWF in Indonesien

In der IWF-Zeit zwischen 1997 und 2003 gab es in Indonesien zur Umsetzung von IWF-Direktiven zur Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung 1.243 neue Gesetze. Das erscheint zwar sehr viel, doch ist in den Reformen keine klare Linie erkennbar. Sie wirken wie eine reine Aneinanderreihung sektoraler Projekte ohne Prioritätensetzung und ohne Partizipation staatlicher Institutionen. Ex-Präsidentin Megawati bremste die Umsetzung. Der derzeitige Präsident Susilo Bambang Yudhoyono will das Reformprogramm dagegen zügig durchführen, allerdings kann man bei zentralen Punkten keine wirksame Veränderung feststellen. So wurden viele Politiker zwar wegen Korruption verurteilt, aber kein großer Fall wurde konsequent geahndet.

Die alten Seilschaften (Großunternehmer, Militär und Suharto-Familie) dringen wieder in Parteien, Kabinett und Justiz ein. Sie verwässern dort die Regelungen, demontieren die Kontroll-Institutionen und verschleppen strategisch wichtige Reformen wie die Neugestaltung der Bürokratie.

Die Krise in Indonesien entstand in der Realwirtschaft. Fällige Schulden indonesischer Firmen (ca. 60 Milliarden US-Dollar) hatten die Finanzkrise entfacht. Statt die von Großbanken vorgeschlagene partielle Streichung aller Bankschulden durchzusetzen, drängte der IWF – der damals von der Existenz der Schulden indonesischer Privatfirmen nichts wusste – auf eine komplizierte, langwierige bilaterale Verhandlung zwischen Schuldner und Banken. Gegen Regierungsbürgschaften konnten die Unternehmen ihre nun wertlosen Papiere, Tochtergesellschaften, Beteiligungen und Immobilien einer Regierung-Treuhandgesellschaft überlassen. Diese bezahlte die Banken mit Anleihen, deren Zinsen (von über 14 Prozent) die wichtigste Einnahmequelle der Banken waren und immer noch sind. Durch die hohe Sparquote der Bevölkerung horten die Banken geradezu Geld. Sie dürfen außerdem überschüssiges Geld (im Januar 2008: 33 Milliarden US-Dollar) durch den Kauf von Zertifikaten (mit acht Prozent Zinsen) parken. Die übrige Liquidität wird von den Banken für die Vergabe von Konsumkrediten genutzt. Viele Banken vergeben Kreditkarten ohne Sicherheiten, während Investitionen dagegen kaum finanziert werden, da dies mit größeren Risiken verbunden ist. So erholt sich zwar die Wirtschaft, aber wie auch in den USA allein durch eine Steigerung des Konsums.

Mit der erzwungenen Firmen- und Bankenrettung ohne gleichzeitige juristische Verfolgung durch den IWF machte sich die Regierung zum Helfershelfer notorischer Gesetzesbrecher. Dieses moralische Defizit bereitete ein ideales Spielfeld für abenteuerliche Verschwörungstheorien radikaler Fanatiker.

Das hohe Wachstum von über fünf Prozent, angetrieben durch Konsum und galoppierende Export-

preise (unter anderem von Erdgas, Kupfer und Palmöl), ist nur kurzfristig. Investitionen von heute produzieren den Konsum von morgen. So stagniert Indonesiens Industrie und Infrastruktur, so dass kaum neue Arbeitsplätze entstehen. Die Banken haben ihren eigentlichen Zweck, nämlich die Geldvermittlung für Investitionen, verfehlt.

Bestandteil der vom IWF verordneten Marktöffnung ist der Verkauf von Lizenzen an Bergbauunternehmen und Plantagen. Etwa 30 Prozent des Landes wurden von der Regierung über Lizenzen verteilt. Doch vor Ort gibt es oft Kleinunternehmer, die seit langem Erz abbauen, oder Bauern, die traditionell das Land nutzen. Oft verdrängen die Firmen die Bauern, mit den lokalen Unternehmen kooperieren sie dagegen und kaufen das Erz – am Fiskus vorbei. Milliarden Kubikmeter Boden werden auf diese Weise umgegraben. Die Ufer der Flüsse werden zu Mondlandschaften, Erosionen führen zu heftigen Überschwemmungen.

Die Abgaben der Firmen bleiben jedoch gering, denn sie betreiben Innertrading-Verkauf an eigene Firmen in Singapur oder Hongkong. Der Anteil des boomenden Bergbausektors am *Bruttonationalprodukt* (BNP) ist daher mit 2,8 Prozent gering.

Der Staat zieht sich zurück

Der Staatsanteil am BNP ist mit ca. 18 Prozent sehr niedrig. Die Staatseinnahmen werden hauptsächlich von Steuern getragen. Diese werden für 2007 auf 13,9 Prozent des BNP geschätzt.

Belastet durch Schuldendienst und die Subventionierung von Energie und Nahrungsmitteln, bleibt dem Staat für Investitionen wenig übrig. Anders als in Singapur, Malaysia, China und Indien gibt es in Indonesien deswegen wirtschaftliche Entwicklung ohne Entwicklung der Infrastruktur, was zu neuen Widersprüchen führt: So beherbergt Indonesien zum Beispiel 40 Prozent des weltweit bekannten Erdwärme-Potentials; dennoch wird nur ein Bruchteil davon genutzt. Indonesien ist der weltgrößte Exporteur von Kohle und Flüssiggas; der Strom aber wird durch gestörte Brennstoff-Lieferungen immer wieder abgeschaltet. Betriebe oder Hotels müssen deshalb teure Generatoren installieren.

Auch im sozialen Sektor verschwindet der Staat zunehmend. Es fehlt nicht nur an Geld, auch Qualität und Verfügbarkeit sind unzureichend. Bei Bedarf, zum Beispiel im Falle von Katastrophen, ist der Staat nur noch virtuell da. Mindestens ein Sechstel der Schulgebäude sind baufällig, die meisten haben keine Labore für Naturwissenschaft oder Sprachen. Rund 40 Prozent der Lehrer und Lehrerinnen sind nicht ausreichend ausgebildet. All dies macht deutlich, dass Indonesien nicht zukunftsorientiert ist.

Dagegen war das Jahr 2007 für die 40 Reichsten Indonesiens erfolgreich. Ihr Reichtum wuchs um 18 auf 40 Milliarden US-Dollar. Allein Bumi Resources, das Bergbau-Unternehmen der Familie von Minister Aburizal Bakrie, machte 5,4 Milliarden US-Dollar (600 Prozent) Gewinn. Manche Superreichen sind Großgrundbesitzer, reich geworden durch Kohle, Papier oder Palmöl, und steuern ihr Unternehmen direkt vom Kabinett aus. Wie an Bakrie deutlich wird, besteht Indonesiens Elite eigentlich aus alten Bekannten. Sie haben das Land wie eh und je fest im Griff. Kaum einer von ihnen ist jedoch als bedeutender Steuerzahler bekannt. An den Staatsfinanzen beteiligen sie sich nicht.

Die Bevölkerung trägt die Hauptlast

Im Unterschied zur Elite ist der eigentliche Träger Indonesiens, nämlich die Bevölkerung, am Ende ihre Kräfte. Viele müssen zur Bewältigung der Dauerkrise ihr Ersparnis aufbrauchen und rutschen so in die Armutsfalle. Denn seit der Krise gibt es in vielen Sektoren wie Industrie, Tourismus und Landwirtschaft, aber auch im boomenden kapitalintensiven Bergbau, kaum neue Arbeitsplätze. Familien und Freunde sind indirekt betroffen, denn es gibt immer jemanden, der keine regelmäßige Arbeit findet. Von Armut direkt betroffen sind etwa 40 Prozent der Bevölkerung. Entsprechend steigt die Ungleichheit (Gini Ratio von 0,29 in 2002 auf 0,35 in 2006).

Die Deregulierung der Importe und der Subventionsabbau bei Düngemitteln und Saatgut haben den Nahrungsmittelanbau stark getroffen. Die Bauern, meistens mit kleinen Parzellen (weniger als 0,3 Hektar), profitieren nicht von galoppierenden Mais- oder Soja-Preisen. Wegen hoher Importe von Soja haben beispielsweise viele den Anbau eingestellt.

Diese extraktive Politik, das heißt der direkte Export von Rohstoffe und Energie verbessert zwar die Handelsbilanz, doch Exporte von Tierfellen zerstören die Produktion von Leder für die Herstellung von Schuhen. Viele Betriebe müssen mangels Kautschuk, Holz, Erdgas oder Kohle zeitweise oder ganz schließen. Dadurch wird aber der Export von Industriegütern wie Keramik oder Gummi-Artikeln stark verrin-



gert. Der IWF verordnet somit den Verzicht auf Wertschöpfung, Arbeitsplätze und letztendlich Steuern, die bei der Verarbeitung die Haupteinnahmen eines modernen Staates ausmachen.

Der Bevölkerung bleibt nur noch der informelle Sektor, wo 70 Prozent der 110 Millionen Werktätigen Beschäftigung finden. Hier recyceln sie alles und produzieren billigste Produkte für den heimischen Markt. Auch Technologie tragende Kleinbetriebe (zum Beispiel Softwarefirmen, Installateure) flüchten in diesen Sektor, sie arbeiten zunehmend lieber schwarz.

Der informelle Sektor fungiert als Ersatz-Sozialstaat. Er zieht die Leute in die Städte und verschärft deswegen die städtischen Probleme. Jeder kämpft ums Überleben und wohnt dort, wo Platz ist. Informelle Händler verstopfen fast alle Straßen.

Die Behörden, die mit der Vergabe von Genehmigungen beschäftigt sind, haben in der Regel keine Zeit Vorschriften einzuhalten.

Der leichtsinnige Umgang mit der Umwelt verursacht letztlich aber Erdbeben und Überschwemmungen, die immer wieder Hab und Gut der Bevölkerung vernichten. Manche besitzen nur noch das, was sie bei sich tragen. Dies entspricht zwar der traditionellen zyklischen Kultur, wo neue liebevoll kreierte Kulturgüter nach der großen Zeremonie dem Feuer übergeben werden. Heute ist es jedoch die Ignorierung der Grundrecht auf Entwicklung, der die Betroffenen in die Armutsfalle dirigiert in eine Zeit, in der die Reichen durch hohe Gewinne ihre Übermacht offen demonstrieren. So geht es aber nicht weiter. Indonesien benötigt deutliche und entschlossene Neuerungen. Nur ein Aufwachen und Tätigwerden der Politik kann den Reformstau beseitigen und die Zukunft des Landes sichern, denn Indonesien muss nicht weniger als den zivilen Staat neu erfinden.